

Haushalt und Finanzen 2023

Rede von
Landrat Dr. Christian Schulze Pellengahr
anlässlich der Einbringung des
Haushaltsplanentwurfs 2023
am 26. Oktober 2022
im Kreistag Coesfeld

(Es gilt das gesprochene Wort!)



Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder des Kreistages,

liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wir kommen nun zum eigentlichen Höhepunkt der heutigen Kreistagesitzung, der Einbringung des neuen Haushaltsplanentwurfs für das bevorstehende Jahr 2023, um damit unmittelbar in den kommenden Wochen mit Ihnen in den Reigen der Haushaltsberatungen einzutreten.

Gerne nutze ich dabei die Gelegenheit, um erneut einige grundsätzliche Aussagen zu unserer gegenwärtigen Situation zu treffen, aber um auch auf nächste Vorhaben und Projekte einzugehen.

Schon im vergangenen Jahr hatte ich dabei noch einmal auf die damals mehr als 20 Monate andauernde **Corona-Pandemie** und den damit verbundenen **Krisenmodus** zurückgeblickt, der zeitweise alles Handeln überlagert hatte. Wie schon damals erwartet, ist zwar auch heute die Pandemie noch nicht überstanden, wir haben allerdings in den zurückliegenden 12 Monaten weiterhin gelernt, wie wir mit der „neuen Normalität“ in der Pandemie umgehen müssen. Daher konnten wir vor allem in den Sommermonaten viele Freiheiten zurückerlangen, so dass nach mehrjähriger Pause wieder Großveranstaltungen wie Schützen- und Stadtfeste zugelassen werden konnten. Unser Gesundheitsamt konnte dann allerdings stets einige Tage später auch recht genau an den Infektionszahlen ablesen, wo gerade Schützenfest gewesen ist, will heißen – auch in den Sommermonaten blieben die **Inzidenzen** auf erhöhtem Niveau, die zu Beginn der Pandemie einen Lockdown bedeutet hätten. Zu einer Überlastung des Gesundheitssystems ist es dabei allerdings bisher – Gottlob – nicht gekommen. Und dies gilt es auch in den kommenden Monaten mit vereinter Kraft weiterhin zu verhindern.

Doch wie Sie alle wissen, sind zur **Corona-Krise** in diesem Jahr ab dem 24. Februar mit dem völkerrechtswidrigen **Angriff Russlands** auf die **Ukraine** gleich zwei weitere Krisen hinzugetreten: einerseits die Herausforderung der Unterbringung von rd. 2500 Geflüchteten aus der Ukraine bei uns im Kreis Coesfeld, was für sich genommen die Städte und Gemeinden aber auch den Kreis mit unserer Ausländerbehörde und Zentralen Ausländerbehörde vor große Herausforderungen stellt, zumal ja auch aus anderen Krisenherden der Welt ebenso Schutzsuchende Menschen bei uns ankommen und untergebracht werden müssen.

Andererseits die sich rasch abzeichnende **Energiemangellage**, vor allem im Bereich **Gas** und **Strom**, die uns die massive Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland von russischen Gaslieferungen unmissverständlich vor Augen führt. Nun hilft es wenig, auf frühere oder aktuelle Amtsträger auf Bundes- oder Landesebene zu schelten. Wir können jedoch mit dem Wissen von heute feststellen, dass der sicherlich von allen gut gemeinte Ansatz „Wandel durch Handel“ ja selbst die intensive Männerfreundschaft zwischen Altkanzler Gerhard Schröder und Vladimir Putin in Moskau Letztgenannten nicht davon abgehalten hat, den offenen und vollständigen Bruch mit der gesamten westlichen Welt zu wählen, um nach erfolgreicher Annexion der Krim (2014) seine eigenen restaurativen Machtvorstellungen auf dem Kriegsweg unter erneuter Missachtung des internationalen Völkerrechts umzusetzen. Nach Jahrzehnten des Friedens befinden wir uns also nun in Europa wieder im Krieg.

Der Kriegsausbruch und die sich bisher auch für unser Land abzeichnenden Folgen haben uns allen aber auch ungeschminkt vor Augen geführt, wie verwundbar unsere Friedensordnung in Europa ist. Wir mussten als Deutsche aber auch schmerzlich erkennen, dass wir zu leichtgläubig unsere Sicherheits- und Verteidigungspolitik ganz wesentlich auf die Verteidigungsbereitschaft unserer Bündnispartner abgestützt haben und viel zu sehr die eigene Landesverteidigung durch den Abbau der Bundeswehr und ein Aussetzen der Wehrpflicht in inakzeptabler Weise vernachlässigt haben. Diese Fehler der jüngeren Vergangenheit müssen - leider – korrigiert werden. Der Bundestag hat hierzu inzwischen die ersten notwendigen finanziellen Mittel bereitgestellt, doch damit allein ist es nicht getan. Es wird nach Einschätzung von Fachleuten mehrere Jahre dauern, bis unsere Bundeswehr wieder über die notwendigen Fähigkeiten zur Landes- und Bündnisverteidigung verfügt. Viel wichtiger, als Geld, Material und den Wiederaufbau der notwendigen Infrastruktur ist vor allem aber die Bereitschaft in der Bevölkerung, einen Beitrag für unser aller Sicherheit zu leisten, wie dies bis zum **Aussetzen der Wehrpflicht** (2011) unter Kanzlerin Merkel in 55 Jahren der Fall gewesen ist. Aber auch schon damals war die Wertschätzung für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr arg geschwunden, wie ich dies aus meiner eigenen Wehrdienstzeit noch gut bestätigen kann. Es verdient aus meiner Sicht unser aller Respekt und Anerkennung, wenn junge Menschen sich für unsere Sicherheit als Soldat oder aber als Polizistin oder Feuerwehrmann einsetzen und in letzter Konsequenz auch bereit sind, dies mit ihrem Leben zu tun.

Ich begrüße daher die Initiative unseres Bundespräsidenten Dr. Frank-Walter Steinmeier, eine Debatte über die Einführung eines **allgemeinen Gesellschaftsjahrs** für junge Menschen zu führen, das neben dem Wehrdienst vor allem auch soziale oder ökologische Dienste als Wahlmöglichkeit beinhalten kann. Ich teile die Auffassung unseres Bundespräsidenten, dass eine solche Pflichtzeit, in der sich junge Menschen quer durch alle gesellschaftliche Bereiche wieder ganz gezielt für unser Land einsetzen können, zu einem stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalt beitragen kann. Aus eigener Erfahrung und aus Gesprächen mit vielen früheren Wehr- oder Zivildienstleistenden weiß ich zudem, dass diese Zeit auch aus der Rückschau ganz überwiegend positiv erfahren wurde.

Insgesamt halte ich es in dieser Zeit der **Multikrisen** wichtiger denn je, dass wir weniger darauf schauen, wie wir am meisten vom Staat profitieren können und nicht in jedem Falle erwarten, dass der Staat alles für uns regelt. Die fast nicht mehr zählbaren **Hilfs- und Entlastungspakete**

der vergangenen zwei Jahre und die sie begleitenden Regierungserklärungen haben allerdings – bei allem guten Willen der handelnden Politiker – genau dieses Bild vermittelt: nämlich, dass **der Staat alles regelt** und jeden erlittenen Schaden kompensieren wird. Dies birgt nicht nur die große Gefahr, dass der Staat sich dabei zu Lasten kommender Generationen finanziell deutlich übernimmt, sondern auch, dass die Eigenverantwortlichkeit der Bevölkerung verkümmert und auch derjenige, der sich selbst aus eigener Kraft durchaus helfen kann, ganz selbstverständlich hilfeschend an den Staat wendet, da er es nicht mehr anders gewohnt ist. Ganz zu schweigen, von dem immensen bürokratischen und personalintensiven Aufwand, der hinter den jeweiligen Hilfs- und Entlastungspaketen steckt.

Damit ich nicht missverstanden werde: es ist natürlich gut, wenn der Staat durch umsichtiges Handeln unverschuldet **in Not geratenen Bürgerinnen und Bürgern** in geeigneter Weise hilft. Die hohe Kunst ist es dann allerdings, auch in Krisen nicht in **Gießkannenmanier** allgemeine Wohltaten und Geschenke unter das Volk zu verteilen, sondern gezielt denen zu helfen, die aus eigener Kraft nicht mehr auf die Beine kommen. Dies will gut überlegt und durchdacht sein und gelingt meist nicht in hektischem Aktionismus und auf durchnächteten Dauersitzungen. Denn der Bund muss sich immer – gerade auch in der Krise – bewusst machen, dass er hier nicht mit eigenen Geld agiert, sondern mit unser aller Steuergeldern, die er eingenommen hat, um einerseits seine eigenen Kernaufgaben nach den Vorgaben des Grundgesetzes zu erledigen, aber auch, um die Länder und diese wiederum auch die Kreise und Kommunen mit der notwendigen Finanzausstattung zu versehen, damit diese in die Lage versetzt werden, die ihnen übertragenen Aufgaben gut und sachgerecht zu erfüllen.

Leider herrscht in unserem Land allerdings schon seit Jahren auf Bundes- wie auch auf Landesebene und dies sogar weitgehend unabhängig von der jeweiligen Regierungscouleur - die zunehmende Praxis vor, durch **immer höhere Standards** der kommunalen Familie insgesamt den eigenen Handlungsspielraum mehr und mehr zu nehmen. Ich kann mir dies nur so erklären, dass der Gesetzgeber offenbar zumindest phasenweise ein **Misstrauen** gegen die kommunale Selbstverwaltung und ihre gewählten Vertreter in den Kommunen und Kreisen hegt. Sonst würde er m.E. nicht dezidiert immer wieder neue Standards vorgeben, die allerdings oftmals nicht die örtlichen Besonderheiten berücksichtigen, sondern zentral aus Düsseldorf oder besser gar aus Berlin festlegen, wie es vor Ort gemacht werden soll. Der dadurch verursachte **höhere Personalaufwand** wird dann in der Regel nur anteilig und befristet für einige Jahre übernommen, die neuen Standards aber bleiben und ihre Umsetzung muss dann, nach Auslaufen der jeweiligen Förderung, mit kommunalen Eigenmitteln finanziert werden. Dass auf diese Weise viele kommunalen Haushalte in eine Schieflage geraten sind, verwundert nicht.

Aber schauen wir noch einmal auf uns selbst: Gerade in Zeiten der Krise sollte ein jeder sich aber fragen, wie er mit dazu beitragen kann, dass es auf der jeweiligen Ebene des **Gemeinwesens** gut läuft, damit so auch der **Zusammenhalt der Gesellschaft** gefördert werden kann. Der neue Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, Dr. Georg Lunemann, hat dies in seiner Antrittsrede in der Landschaftsversammlung am 18. August – wie ich finde – sehr zutreffend auf den Punkt gebracht, als er sagte: „...mehr Staatsbürger als Staatsnutzer, (oder sagt man heute „User“?) das fände ich gut.“

Bei uns im Münsterland und konkreter, bei uns im Kreis Coesfeld ist diese **positive Grundhaltung** erfreulicherweise auch heute noch weit in der Bürgerschaft verbreitet. Ansonsten hätten nicht so viele beispielsweise Geflüchtete aus der Ukraine sogleich noch im Frühjahr bei sich zu Hause aufgenommen und beherbergt. Das ist keineswegs selbstverständlich und verdient unser aller Anerkennung und Dank. Ohne diese Hilfe hätte die Aufnahme so vieler Geflüchteter in so kurzer Zeit auch bei uns nicht gelingen können.

Ansonsten würden sich aber auch nicht so viele Bürgerinnen und Bürger nach wie vor **ehrenamtlich** in den unterschiedlichen Bereichen unserer Gesellschaft engagieren. Sicher: auch hier hat Corona in vielen Vereinen und Verbänden auch zu herben Einschnitten geführt, denn gerade viele Ältere haben in der Pandemie sich entschieden, ihre Ehrenämter abzugeben. Nicht immer ist es gelungen, sie in jüngere Hände zu übergeben, so dass manche Vereine mir von großen Schwierigkeiten berichten, hier jüngere Menschen für die Übernahme von Verantwortung zu überzeugen. Hier ist es gut, dass sowohl unsere Kommunen, als auch der Kreis den Fokus ganz bewusst auch auf die **Stärkung des Ehrenamtes** gelegt hat. Dabei wird es hier nicht darum gehen, einfach neue Wohltaten zu verteilen, als vielmehr das Ehrenamt konkret in seinem Dienst durch zielgenaue Hilfestellungen und Angebote zu unterstützen, dass auch Jüngere sich zutrauen, hier nach und nach in die Verantwortung zu gehen. Zudem ist es immer wieder wichtig, die Wertschätzung und Anerkennung gegenüber dem Ehrenamt zum Ausdruck zu bringen. Die Verleihung der **Ehrenamtspreise** durch die Städte und Gemeinden in bewährter Kooperation mit der Sparkasse Westmünsterland wie auch die zentrale **Dankeschönfeier** des Kreises auf der Burg Vischering, die wir auf Anregung unseres seinerzeitigen Bundestagsabgeordneten Karl Schiewerling jeweils im Herbst seit einigen Jahren durchführen, sind geeignete Formate, um diese Wertschätzung der kommunalen Familie öffentlich zum Ausdruck zu bringen.

Der **Krieg in der Ukraine** und die seit Tagen durch russische Angriffe gezielt zerstörte Infrastruktur der Energieversorgung offenbart das wahre Gesicht des Angreifenden: Rußland will die Flüchtlinge, die Medienberichten zu Folge zum Teil gezielt über Königsberg gen Westen ausgeflogen werden, ganz offenbar als Mittel zur **Destabilisierung Europas** einsetzen. Ich bin froh und dankbar, dass Europa – trotz aller Schwierigkeiten – sich in diesem Punkt allerdings so einig ist, wie nie. Daher müssen auch wir hier im Kreis Coesfeld alles tun, damit dieser Plan Russlands nicht aufgeht: mit vereinten Kräften werden wir auch diese Herausforderung, die durchaus den Flüchtlingszustrom der Jahre 2015/16 merklich übersteigt, gut meistern. Wir werden Putin nicht den Gefallen tun, und im Chaos und Bürgerkrieg enden, wie er es offenbar durch seine gesamte Politik versucht.

Mit der frühzeitigen Einrichtung des **Josefshauses** in Seppenrade haben wir als Kreis auf Wunsch unserer Städte- und Gemeinden eine „Puffereinrichtung“ mit rund 200 Plätze geschaffen, die den Kommunen zumindest etwas Luft verschafft, um vor Ort weiteren Wohnraum zu generieren. Inzwischen sind jedoch in den Kommunen die Möglichkeiten weitgehend erschöpft, die ersten Turnhallen mussten in Coesfeld und Nottuln bereits wieder als Flüchtlingsunterkünfte hergerichtet werden. Es ist aber mit **einem weiteren Zustrom Geflüchteter aus der Ukraine**, aber auch aus anderen Krisenländern vor allem in den bevorstehenden Wintermonaten zu rechnen, so dass wir gemeinsam mit den Kommunen über weitere Unterbringungsmöglichkeiten sprechen werden. Im Verbund mit den

Flüchtlingsinitiativen vor Ort und den erfahrenen Hilfsorganisationen, allem voran dem DRK Kreisverband, wird uns, da bin ich mir ganz sicher, gemeinsam auch dieser Kraftakt gelingen.

Hier ist es wichtig, dass die kommunale Familie insgesamt in Deutschland weiterhin solidarisch eng zusammensteht, aber letztlich auch nicht überfordert wird und eine möglichst gerechte Verteilung in Europa erfolgt. Um so mehr verdient es unsere Hochachtung, dass die **Republiken Polen** und **Moldau** mit Beginn des Krieges sogleich in hohem Maße Geflüchtete aufgenommen haben und auch jetzt noch in beeindruckender Weise Hilfe für ihre vom Krieg betroffenen Nachbarn leisten.

Die Folgen dieses Krieges sind bereits jetzt – das gehört zur Analyse dazu – in vielen Bereichen stark ablesbar: über die bereits eingangs erwähnte **Gasmangellage** hinaus sind viele Lieferketten, ob mit Getreide, Kunstdünger oder Stahl gestört. Dies zu kompensieren, ist vielfach nicht so leicht möglich. Die Folgen für die Wirtschaft sind schon jetzt verheerend. Durch die galoppierende **Teuerung** – vor allem in der Baubranche – sind in den letzten Wochen bereits viele private Bauvorhaben auf Eis gelegt worden. Bauen ist unkalkulierbar und für viele unbezahlbar geworden. Im Verbund mit den angestiegenen Zinsen zerplatzen so derzeit viele Träume von den eigenen vier Wänden. Diese Entwicklung ist besorgniserregend, da der Wohnungsmarkt bei uns ohnehin schon angespannt ist, so dass sich hier die Situation kurzfristig nicht entspannen wird.

Habe ich bereits im vergangenen Jahr an dieser Stelle meine Sorge über die ansteigende **Inflation** zum Ausdruck gebracht – damals sprachen wir über eine Inflationsrate von 4,5%, die damit den höchsten Stand seit 28 Jahren erreicht hatte, so kann man angesichts der aktuellen Zahlen, darüber heute fast nur noch lächeln: so lag die Inflationsrate im September bei sage und schreibe 10.0 %, so hoch wie seit mehr als 70 Jahren nicht mehr. Da ist es ein schwacher Trost, dass es zweifelsohne Länder mit höheren Inflationsraten gibt (z.B. Türkei mit über 70 %) und die EZB inzwischen auch ihre strikte 0% Zinspolitik mit Verwahrungsentgelten aufgegeben hat.

Zwar sind wir sicherlich **weit von einer Hyperinflation entfernt**, die Deutschland insbesondere nach dem Ersten Weltkrieg erschüttert hat. Vor ziemlich genau 100 Jahren zwangen Hyperinflation, der totale Zusammenbruch von Währung und Wirtschaft, exorbitant hohe Kriegsschulden wie auch die hohen Reparationszahlungen an die Siegermächte das Deutsche Reich in die Knie. Man wusste sich schließlich keinen Ausweg mehr, als im Oktober 1923 die Kommunen und Wirtschaftsunternehmen per Erlass vom 23. Oktober 1923 zu ermächtigen, selbst eigenes Notgeld herauszugeben. Die Not muss auch bei uns im Kreis sehr groß gewesen sein, denn schon drei Tage später, am 26. Oktober 1923, heute vor genau 99 Jahren, gab der Kreis durch seine Kreissparkasse die ersten Notgeldscheine heraus – erhalten hat sich ein Exemplar mit dem Nennwert von „zehn Milliarden Mark“.

Um an diese schweren Zeiten zu erinnern, aber auch, um mahnend darauf hinzuweisen, dass sich solche Zustände bei uns in Deutschland **nicht wiederholen** dürfen, haben wir einige der historischen Notgeldscheine, die sich noch bei uns im Kreisarchiv erhalten haben, auf die Einbandinnenseite des Kreishaushalts mit einigen kurzen Erläuterungen abgedruckt. Sie lassen nur erahnen, was die galoppierende Geldentwertung für die Bürgerinnen und Bürger von

damals bedeutet hat: vor allem die vollständige **Entwertung der eigenen Ersparnisse** und damit verbunden große finanzielle **Not und Armut**.

Trotz aller schwieriger Rahmenbedingungen wollen wir den Haushalt 2023 ganz bewusst unter die Schlagworte „**Digital, nachhaltig, stark und stabil**“ stellen.

Diese vier Worte prägen in vielen Bereichen wie ein roter Faden den Haushaltsplanentwurf. Wie im Detail, wird Ihnen gleich im Anschluss unser Kämmerer erläutern.

Ich beschränke mich an dieser Stelle abschließend nur auf das Wortpaar „**stark und stabil**“. Gerade in Zeiten der Krise müssen wir als Kreis mit unseren Kommunen weiterhin den Rahmen bieten, damit unsere Region **stark** bleibt. Die Voraussetzungen hierfür sind nach wie vor gut: ein gesunder Mittelstand mit einer exzellenten Beschäftigungsquote, eine gute Infrastruktur, insbesondere auch im Bereich des Glasfaserausbaus, aber auch eine gute Bildungslandschaft, zu der bei der betrieblichen Bildung insbesondere unsere drei Berufskollegs zu nennen sind, wie auch eine günstige Lage zu den größeren Ballungsräumen im Land bieten das Potential, um auch durch diese Multikrisen gut hindurch zu kommen.

In solchen Zeiten ist **Stabilität** und **Verlässlichkeit** für die Menschen aber auch für unsere Kommunen sehr wichtig. Dies hat seit jeher die Arbeit, aber auch die **Politik** in diesem Hause ausgezeichnet. Und das ist – das betone ich ausdrücklich – keineswegs selbstverständlich. Ich nutze daher gerne die Gelegenheit, um mich bei Ihnen allen für die stets sehr sachliche und lösungsorientierte Diskussion zu bedanken. Der Haushalt 2023, denen wir Ihnen heute vorlegen, setzt die bisherige verlässliche Praxis weiter fort.

So werden wir auch weiterhin in unsere kritische Infrastruktur investieren müssen. Exemplarisch nenne ich hier die notwendige **Katastrophenvorsorge und –Schutz**, wozu ich ausdrücklich auch die Fortsetzung unseres umfangreichen Bauprogramms der **Rettungswachen**, aber auch den Neubau der Kreisleitstelle zähle. Der umfangreiche **Katastrophenschutzplan** liegt, nach erfolgter Beteiligung der Kommunen und übrigen Beteiligten inzwischen im Entwurf vor, so dass er in Kürze beraten und beschlossen werden kann. Auf seiner Grundlage sind wir auf mögliche Krisenszenarien besser vorbereitet, sehen aber auch, wo wir noch Nachsteuerungsbedarf haben. Es zeigt sich heute, dass es richtig gewesen ist, dass wir in den zurückliegenden Jahren bereits ordentlich in unsere Sicherheitsinfrastruktur investiert haben. Bei alledem ist mir das enge Zusammenspiel mit den Kommunen und den übrigen Akteuren des Katastrophenschutzes, wie den Energieversorgern und Hilfsorganisationen sehr wichtig, denn nur gemeinsam kann man Krisen und Katastrophen erfolgreich bewältigen.

Der Ausbau von dezentralen **Notfallhilfepunkten** (sog. „Leuchttürme“) durch die Kommunen in allen Ortsteilen im Kreisgebiet, um im Falle des Ausfalls der regulären Kommunikationswege dennoch Anlaufstellen für die Bevölkerung zu haben, hat in diesem Zusammenhang hohe Priorität und soll möglichst bis Ende 2022 abgeschlossen sein.

Von zentraler Bedeutung ist hierbei allerdings die **Selbsthilfefähigkeit der Bevölkerung**, denn im Falle einer flächendeckenden Krise kann weder der Kreis noch die jeweilige Stadt oder Gemeinde umfassende Hilfe leisten. Das würde alle vorhandenen Kräfte völlig überfordern. Daher muss zunächst einmal jeder selbst Vorsorge treffen, um zu Hause möglichst gut

beispielsweise auf einen etwaigen längeren Stromausfall oder auf den Ausfall der Heizung vorbereitet zu sein. Der „Tag der Sicherheit“, den wir im Mai dieses Jahres in Dülmen rund um unseren ABC-Zug der Feuerwehr unter großer Beteiligung der Bevölkerung durchgeführt haben, war hier ein gelungener Auftakt, um das Thema ins Bewusstsein der Bevölkerung zu rücken. Hieran wollen wir mit weiteren geeigneten Veranstaltungen und Aktionen anknüpfen. Hierzu zählt auch die mit der Bezirksregierung in Münster und den benachbarten Kreisen abgestimmte Medienarbeit unter dem Motto **„Vorsorge statt Sorge“**, in der wir in regelmäßiger Folge mit kleinen Beispielen erläutern, wie man sich auf solche Szenarien zu Hause gut vorbereiten kann. Auch wenn der Eine oder Andere diese Aktion in den Sozialen Medien missverstanden hat und uns **„Panikmache“** vorwirft, so muss ich dieser Vermutung hier klar widersprechen. Es geht dabei keineswegs um Panikmache oder die Aufforderung zu Hamsterkäufen, sondern um die **Sensibilisierung der Bevölkerung**, die eben doch vielfach davon ausgegangen ist, dass eine gesunde Vorsorge in Zeiten, in denen doch alles immer rund um die Uhr verfügbar ist, nicht mehr notwendig und damit überflüssig ist.

Gut vorsorgen und damit gut vorbereitet sein, wollen wir auch für das mögliche Szenario des Ausbruchs der **Afrikanischen Schweinepest** sein. Die jüngste Großübung mit den benachbarten Kreisveterinärämtern Recklinghausen und Borken hat die Notwendigkeit und Richtigkeit der gemeinsamen Vorbereitung noch einmal unter Beweis gestellt.

Neben der weiteren Bewältigung der beschriebenen multiplen Krisen ist es aber auch wichtig, das „normale Tagesgeschäft“ nicht aus dem Blick zu verlieren. Deshalb spielt die Musik des Haushalts naturgemäß vor allem auch in den klassischen und gewohnten Bereichen der vier Budgets, die Ihnen nun gleich Herr Dr. Tepe näher vorstellen wird.

Bei alledem bin ich zuversichtlich, dass wir auch im kommenden Jahr gemeinsam den Kreis Coesfeld mit den eingeschlagenen Maßnahmen und mit den auf den Weg zu bringenden Projekten **auf gutem, verlässlichen Kurs halten** werden. Dabei haben wir auch in diesem Jahr uns im engen und konstruktiven Austausch mit den Städten und Gemeinden um eine ausgewogene Planung bemüht, die die Belastung der kreisangehörigen Kommunen sorgfältig im Blick behält. Abschließend danke ich allen Kolleginnen und Kollegen in der Kämmerei, die nach dem Ausscheiden von Frau Brockkötter nunmehr unter der Leitung von Frau Grotke in der Kämmerei das rund 770 Seiten umfassende Werk pünktlich in bewährter Form erstellt haben.

Den vor uns liegenden Beratungen wünsche ich einen guten Verlauf und danke Ihnen herzlich für Ihre Aufmerksamkeit!